

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (14. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Renate Blank, Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 15/3720 –**

Initiative für EU-Sonderprogramm „Verkehrsprojekte Europäische Einheit“

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der vor allem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich auf europäischer Ebene für ein Sonderprogramm „Verkehrsprojekte Europäische Einheit“ einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 15/3720 – abzulehnen.

Berlin, den 11. April 2005

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Karin Rehbock-Zureich
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Karin Rehbock-Zureich

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf Drucksache 15/3720 in seiner 154. Sitzung am 27. Januar 2005 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet unter anderem, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, sich auf europäischer Ebene initiativ für die Schaffung eines Sonderprogramms „Verkehrsprojekte Europäische Einheit“ einzusetzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 15/3720 in seiner 89. Sitzung am 23. Februar 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag in seiner 85. Sitzung am 23. Februar 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag in seiner 57. Sitzung am 23. Februar 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 63. Sitzung am 23. Februar 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 27. Oktober 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat den Antrag auf Drucksache 15/3720 in seiner 66. Sitzung am 23. Februar 2005 beraten.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass trotz hoher Zuwächse der grenzüberschreitenden Verkehre in die osteuro-

päischen EU-Beitrittsländer die Auslastung der grenzüberschreitenden Strecken erst 70 Prozent betrage. Für die Finanzierungsperiode 2000 bis 2006 gebe es in Zusammenarbeit mit den fünf neuen Bundesländern ein Sonderprogramm in Höhe von 1,5 Mrd. Euro zur Förderung spezieller Projekte im Rahmen der grenzüberschreitenden Verkehre nach Osteuropa. Im Übrigen habe die Bedarfplanung für grenzüberschreitende Verkehre bereits hinreichende Berücksichtigung im Bundesschienenwegeausbausgesetz und im Fernstraßenausbaugesetz gefunden. Ein Vorstoß der Bundesregierung im Jahr 2001 zur Bereitstellung von zusätzlichen Strukturförderungsmitteln in diesem Bereich sei von der EU abgelehnt worden; der Bedarf für eine Förderung sei nicht gesehen worden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass es nicht um neue Maßnahmen gehe, sondern lediglich um die Finanzierung bereits geplanter Maßnahmen. Auch vor dem Hintergrund, dass Deutschland relativ hohe Beitragszahlungen an die EU leiste, solle sich die Bundesregierung für ein Sonderprogramm „Verkehrsprojekte Europäische Einheit“ einsetzen. Eine Förderung durch die EU liege auch im Interesse der EU-Osterweiterung. Seit 1. Mai 2004 habe der deutsch-tschechische Verkehr um 40 Prozent, der deutsch-polnische Verkehr um 30 Prozent zugenommen. Der Umfang des durch die EU-Osterweiterung bedingten Verkehrs werde noch weiter zunehmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, dass im Augenblick lediglich Schätzungen und vorläufige Ergebnisse von Verkehrszählungen über die Zunahme der Verkehre vorlägen. Es könne auch noch keine Aussage darüber gemacht werden, wie sich die Einführung der LKW-Maut auf die Verkehre auswirken werde. Die Kapazitätsauslastung der Straßen auf deutscher Seite liege im Verkehr zwischen Polen und Deutschland bei lediglich 60 Prozent, im Verkehr zwischen Tschechien und Deutschland bei 70 Prozent. Die Kapazitätsgrenzen würden bei weitem nicht erreicht.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, die tatsächlichen Zahlen im Grenzland zeigten, dass die Zunahme der Verkehre stärker sei, als von der Bundesregierung angenommen. Sie könne nicht erkennen, was dagegen einzuwenden sei, sich auf europäischer Ebene für die Schaffung eines Sonderprogramms „Verkehrsprojekte Europäische Einheit“ einsetzen, um das Haupttransitland Deutschland zu entlasten. Wenn man dieses ablehne, signalisiere man damit, dass man nicht bereit sei, neue Wege für zusätzliche Mittel zur Finanzierung der grenzüberschreitenden Verkehrswege zu suchen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat den Antrag auf Drucksache 15/3720 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Berlin, den 11. April 2005

Karin Rehbock-Zureich
Berichterstatlerin

